

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Lebensmittel vorgelassen

Kämpfer der schiitischen Amal-Miliz haben erstmals Lastwagenkonvois mit Lebensmitteln in zwei seit mehr als vier Monaten belagerte palästinensische Flüchtlingslager unweit der südlibanesischen Hafenstadt Tyrus vorgelassen. Insgesamt vier Lkw erhielten die Genehmigung zur Fahrt in die Lager Buss und Burdsch el Schamali.

Rätselraten um Begun

In Moskau herrschte Verwirrung über den Verbleib des jüdischen Bürgerrechtlers Josef Begun. Das Zentralkomitee-Mitglied Arbatow hatte die Haftentlassung Beguns bekanntgegeben, Beguns Frau Inna teilte hingegen mit, sie habe noch keine entsprechende Mitteilung erhalten. Begun war im Jahre 1983 wegen antisowjetischer Betätigung zu sieben Jahren Haft verurteilt worden.

Prozess gegen Demjanjuk

Der Prozess gegen den angeblichen NS-Verbrecher Demjanjuk ist in Jerusalem fortgesetzt worden. Die Verhandlung war am 26. November nach nur 40minütiger Dauer vertagt worden, um der Verteidigung zusätzliche Vorbereitungszeit zu geben. Demjanjuk hatte sich damals für nicht schuldig erklärt und geltend gemacht, dass er Opfer einer Verwechslung sei.

Gift in Muschelkonserven

Beunruhigte Bürger haben in der BRD unterde von möglicherweise hochgiftigen spanischen Muschelkonserven zu Polizei und Gesundheitsämtern gebracht. Die Bundesregierung verstärkte die Kontrollen an den Grenzen.

UdSSR würde auf Status als Atommacht verzichten

Moskau (AP) Die Sowjetunion ist nach den Worten von Parteichef Michail Gorbatschow bereit, im Rahmen eines Abrüstungsabkommens auf ihren Status als Atommacht zu verzichten. In einer Rede vor dem Internationalen Friedensforum, das unter dem Motto «für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit» in Moskau tagt, sagte Gorbatschow am Montag im Grossen Palast des Kreml, das von ihm vorgelegte Programm zur Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahr 2000, die Initiative zum Verbot aller Atomversuche und andere Initiativen spiegeln «den deutlichen Wunsch und die Bereitschaft der Sowjetunion wider, auf ihren Status als Kernwaffenmacht zu verzichten». Der sowjetische Parteichef schlug auch ein neues Herangehen an die Frage der Menschenrechte vor.

Die Menschheit nähere sich heute einer Grenze, nach deren Überschreiten es kein Zurück mehr geben werde, sagte der Generalsekretär. Diese Ansicht setze sich in immer weiteren Kreisen der Weltöffentlichkeit durch, wie auch das Friedensforum beweise. In diesem Zusammenhang kritisierte Gorbatschow auch die Pläne der US-Regierung für ein Raketenabwehrsystem im Weltall (SDI). Im Falle einer Militarisierung des Weltraumes würde Destabilisierung eine Tatsache und den Charakter einer Krise annehmen, die die Gefahr des unbeabsichtigten Ausbruchs eines Krieges um ein Vielfaches erhöhen würde.

Gorbatschow wies die im Westen existierende Vorstellung einer sowjetischen Bedrohung zurück und rief dazu auf, die «aus der Vergangenheit stammenden Klischees und Dogmen» zu überwinden. Die Politik der UdSSR werde mehr als je zuvor von dem Interesse bestimmt, sich auf die «schöpferische Arbeit zur Verwirklichung des eigenen Landes zu konzentrieren». Deshalb habe Moskau ein Interesse an dauerhaftem Frieden.

Zuerst Ideen entwickeln, dann Paragraphen ausarbeiten

Bericht der Leitideen-Kommission zu «Schule wohin?» liegt vor – ausführliche Vernehmlassung auch für den zweiten Teil

«Leitideen sind oberste Zielsetzungen, die allen Reformbestrebungen eine gemeinsame pädagogische und bildungspolitische Ausrichtung geben sollen.» Diese Definition verbreitete das Schulamt in der ersten Schrift «Schule wohin?», die in eine breite Vernehmlassung gegeben worden war. Aus dem Vernehmlassungsergebnis stellte eine «Leitideen-Kommission» einen weiteren Bericht zusammen, der von Regierungschef Hans Brunhart und dem Vorstand des Schulamtes, Dr. Josef Wolf, gestern vormittag vorgestellt wurde. Auch dieser zweite Bericht wird in eine breite Vernehmlassung gegeben.

Die Fragestellung an alle interessierten Kreise «Schule wohin?» zieht sich bereits über einige Jahre hinweg. Eine erste Übersicht mit Leitideen für die achtziger Jahre, die zur Diskussion in der Öffentlichkeit gestellt wurden, gelangte bereits vor drei Jahren zu den interessierten Kreisen, nachdem vorher von einer Arbeitsgruppe die wichtigsten Problemkreise in unserem Bildungs- und Schulwesen erörtert worden waren. Regierungschef Hans Brunhart als Ressortinhaber für das Bildungswesen wies denn auch vor der Presse auf die Anfänge von «Schule wohin?» zurück, das inzwischen auch im Ausland eine gewisse Resonanz gefunden hat.

Grosser Erfolg der Vernehmlassung

Eine Überprüfung des Schul- und Bildungswesens hat sich nach seinen Worten aufgedrängt, nachdem das Schulgesetz von 1971 bereits etwas in die Jahre gekommen sei, auf dem Bildungssektor sich jedoch eine rasche Entwicklung abgezeichnet habe. Deshalb sei nicht nur die Schulstruktur zur Diskussion gestellt worden, sondern mit der Vernehmlassung von «Schule wohin?» habe man auch andere Aspekte des Schulsystems in Frage gestellt, beispielsweise auch nach dem



Regierungschef Hans Brunhart (Bildmitte) sowie Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf (rechts) und der Leiter des Presseamtes, Egon Gstöhl, stellen das neue Vernehmlassungsprojekt zu «Schule wohin?» vor. Die aus der ersten Vernehmlassungsrunde herauskristallisierten Leitideen für die Schule von morgen sollen erneut diskutiert werden. (Bild: Brigitt Risch)

Sinn der Schule gefragt. Die Vernehmlassung bezeichnete Brunhart als grossen Erfolg, wobei er vom grossen Interesse der Öffentlichkeit an Schul- und Bildungsfragen sowie über die teilweise sehr qualifizierten Äusserungen zu grundsätzlichen Aspekten der Bildungspolitik sehr beeindruckt gewesen sei. Die Leitideen-Kommission hat nach seinen Worten sehr gute Arbeit geleistet, so dass deren zwanzig Mitglieder und insbesondere Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf einen gebührenden Dank verdienen.

Zufrieden mit dem Projekt

Als nächsten Schritt bezeichnete Regierungschef Brunhart die zweite Vernehmlassung, die aufgrund der Ergebnisse der ersten Vernehmlassungsrunde und

den von der Leitideen-Kommission erarbeiteten Ideen, Zielen, Mitteln und Massnahmen durchgeführt werde. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis zum 31. Mai 1987, wobei alle interessierten Kreise zur Abgabe von Stellungnahmen eingeladen werden. Die Broschüre mit den «Leitideen für das liechtensteinische Schulwesen» kann beim Schulamt und bei den Gemeindekanzleien bezogen werden.

Brunhart gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der zweiten Runde der gleichen Erfolg wie der ersten Vernehmlassung beschieden sei, obschon Klarheit darüber bestehe, dass eine Stellungnahme aufgrund der vorgelegten Leitlinien und Leitideen ungleich schwieriger werde.

Die Regierung ist nach seinen Worten befriedigt über den bisherigen Verlauf des Projektes «Schule wohin?». Wie weit die Ideen schliesslich in neue gesetzliche Bestimmungen umgesetzt würden, sei im Moment noch offen. Brunhart bekräftigte jedoch erneut den Willen von Regierung und Schulamt, zuerst Ideen zu entwickeln, erst dann Paragraphen auszuarbeiten.

Leitideen zu grundlegenden Fragen

Im Anschluss an die grundsätzlichen Gedanken der Reformarbeit gab Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf einen Überblick über die vorliegende Broschüre mit den Leitideen, die sich auf eine Auswahl von wichtigen Themen beschränken. Im Mittelpunkt steht erneut die Frage der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schultypen der weiterführenden Schulen, aber auch das Problem der Schülerbeurteilung mit der Notengebung oder die Ausgestaltung der Lehrpläne mit Lehrstoffen.

Dr. Josef Wolf erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Reformarbeit aber nicht erst einsetzen, sobald die zweite Vernehmlassung abgeschlossen sei, sondern in der Zwischenzeit bereits einige Vorhaben in die Tat umgesetzt worden seien. Konkret erwähnte er den Schulversuch «1. Klasse ohne Noten», die Einführung des Werkjahres sowie die Reform der Hilfsschule. Das Werkjahr habe bereits zufriedenstellende Resultate erbracht, die Reform der Hilfsschule sei in Eschen mit einem Pilotprojekt begonnen worden. (G.M.)

Einen Überblick über die Arbeit der Leitideen-Kommission finden Sie auf Seite drei der heutigen Ausgabe.

Grosszügige Vergabung an die Staatliche Kunstsammlung

Übergabe des noblen Förderungsbeitrages der Lampadia-Stiftung Vaduz in Höhe von 300 000 Franken

Dr. Georg Malin, Konservator der Staatlichen Kunstsammlung, konnte gestern in Vaduz aus den Händen von DDr. Herbert Batliner als Vertreter der Lampadia-Stiftung Vaduz einen Check von 300 000 Franken entgegennehmen. Die Lampadia-Stiftung fördert damit erneut die Bestrebungen der liechtensteinischen Staatlichen Kunstsammlung, an die bestehende graphische Sammlung eine Plastik-Sammlung anzugliedern.

Die Übergabe des Lampadia-Förderungsbeitrages erfolgte gestern bereits zum dritten Mal. Wie DDr. Herbert Batliner anlässlich der Übergabe gegenüber den Vertretern der Ankaufskommission der Staatlichen Sammlung, Dr. Georg Malin und Bruno Kaufmann erklärte, ist die jährliche Vergabung von 300 000 Franken an die Staatliche Kunstsammlung gar im Zweckartikel der Lampadia-Stiftung statutarisch verankert. Die 1984 in Vaduz gegründete Stiftung bezweckt unter anderem auch die Förderung der Kunstwissenschaft. Bei der Gründung tendierte seinerzeit DDr. Herbert Batliner darauf, dass die Stiftung auch die liechtensteinische Kultur fördern sollte, da sie ihren Sitz ja auch in Liechtenstein hat. So wurde der untergeordnete Zweckartikel festgelegt, dass die Bestrebungen der Staatlichen Kunstsammlung jährlich mit der Vergabe von 300 000 Franken gefördert wird, solange der Stiftungszweck erfüllt werden kann und sich der Sitz in Liechtenstein befindet. Anders ausgedrückt kann die liechtensteinische Staatliche Kunstsammlung alljährlich mit dem Förderungsbeitrag der Lampadia-Stiftung rechnen, solange Liechtenstein als Geschäftsplatz attraktiv ist.

Gezielte Ankäufe von Plastiken

Namens der Staatlichen Kunstsammlung dankte Dr. Georg Malin der Lampadia-Stiftung für die erneute noble Vergabung. Dr. Malin bat dabei DDr. Batliner

diesen Dank an den Präsidenten der Stiftung, Paul Hirsch aus Buenos Aires, weiterzuleiten. Aus den bisherigen Vergabungen, so Dr. Malin, habe die Ankaufskommission der Staatlichen Kunstsammlung in den vergangenen drei Jahren bedeutsame Skulpturen international bekannter Künstler erworben, welche mit anderen Arbeiten bereits in der graphischen Sammlung vertreten sind. Unter anderem erwähnte er dabei Kunstwerke des Österreicherers Wotruba, des Spaniers Chillida und des Deutschen R. A. Penck. Die Ankaufskommission sei derzeit dabei, ein Ausstellungsprogramm auszuarbeiten, gemäss welchem verschiedene Plastiken an öffentlichen Plätzen unseres

Landes ausgestellt werden, wodurch diese eine schöne Bereicherung erfahren. Das auf längere Zeit angelegte Ankaufprogramm wird unser Land also in den Besitz wertvollen Kulturgutes bringen. Leider können diese Neuerwerbungen aus den bekannten Gründen in Zusammenhang mit der Errichtung eines Kunsthauses, (noch) nicht im gewünschten Masse ausgestellt werden. Dr. Malin bedauerte, dass deshalb Kunstwerke, die nicht im öffentlichen Bereich oder in den provisorischen Ausstellungsräumlichkeiten in Engländerbau ausgestellt werden können, archiviert werden müssen und damit den Augen der Kunstliebhaber verborgen bleiben.



Als Vertreter der Lampadia-Stiftung Vaduz übergab gestern DDr. Herbert Batliner (links) einen Check in Höhe von 300 000 Franken zur Förderung der Staatlichen Kunstsammlung an deren Konservator Dr. Georg Malin. Rechts im Bild Bruno Kaufmann, Mitglied der Ankaufskommission der Staatlichen Kunstsammlung.

Über 800 000 Griechen sind im Ausstand

Athen (AP) Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage haben die Beschäftigten in weiten Teilen der griechischen Wirtschaft aus Protest gegen die Sparpolitik der Regierung von Ministerpräsident Andreas Papandreu die Arbeit niedergelegt. Über 600 000 selbstständige Gewerbetreibende und deren Angestellte sowie 200 000 Angehörige des öffentlichen Dienstes traten am Montag für 24 Stunden in den Streik. Bereits am Donnerstag waren mehrere hunderttausend öffentlich Bedienstete in den Ausstand getreten.

In Athen und über 20 weiteren Städten Griechenlands fanden am Montag Demonstrationen statt, in denen die Rücknahme der Sparmassnahmen und die Wiedereinführung des vollen Inflationenausgleichs bei allen Löhnen und Gehältern gefordert wurde. Der Ausstand legte den gesamten Flugbetrieb des staatlichen Luftfahrtunternehmens Olympic Airways lahm.